



## **Antrag der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 12. Dezember 2019

von

**KO GR Karl Dreisiebner**

### **Betrifft: Menschenrechtssituation Chile – Petition an die Bundesregierung**

Die politische Situation in Chile ist derzeit geprägt von Massenprotesten gegen Preissteigerungen, Verarmung und die Privatisierung der Daseinsvorsorge. Eine vernünftige Schulbildung, medizinische Behandlung, die Versorgung im Alter – all dies können sich die Menschen in Chile nur leisten, wenn sie über ein sehr gutes Einkommen verfügen. Dem großen Teil der Bevölkerung droht angesichts von Niedriglöhnen und hohen Preisen ein Leben in Armut.

Neben Bildung und Gesundheit geht es auch um den Zugang zu Wasser. Hier spielt das österreichische Unternehmen STRABAG eine wichtige Rolle. Konkret geht es um ein riesiges unterirdisch geführtes Staudammprojekt am Fluss Maipo, das vom amerikanischen Unternehmen AES gemeinsam mit der STRABAG in Alto Maipo südlich von Santiago de Chile umgesetzt werden soll. Mit dem Bau dieses Staudammes ist die Versorgung der Menschen im Großraum Santiago (8 Mio. Einwohner) mit Trink- und Nutzwasser gefährdet.

Chile ist das einzige Land der Welt, wo sämtliche Wasserreserven privatisiert wurden. Dies führte auch dazu, dass massiv in die Stromerzeugung aus Wasserkraft investiert wurde, was zum einen zu einer Überproduktion von zeitweise über 70% führte, bei gleichzeitig immer schlechterer Wasserversorgung der Bevölkerung. (Standard Bericht vom 28.11.2019).

Die Situation in Chile ist dramatisch, die Unterstützung der Protestbewegung, die für ein menschenwürdiges Leben kämpft, sollte uns als Menschenrechtsstadt ein wichtiges Anliegen sein. Daher sollte sich die Stadt Graz dafür einsetzen, dass die österreichische Bundesregierung entsprechend tätig wird.

Ich stelle seitens des Gemeinderatsklubs der Grünen/ALG folgenden

## **Antrag**

Die Stadt Graz tritt am Petitionsweg an die Österreichische Bundesregierung heran und ersucht diese:

- Gespräche mit dem Unternehmen STRABAG zu führen und auf dieses einzuwirken, sich aus dem Projekt Alto Maipo zurückzuziehen
- für den Fall, dass für das Projekt Entwicklungshilfegelder aus Österreich zur Verfügung gestellt wurden, diese Zahlungen zu stoppen.
- sich im Rahmen ihrer zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass österreichische Unternehmen im Zuge ihrer Tätigkeit achtsam die europäischen und österreichischen Umweltauflagen erfüllen, auch wenn sie in anderen Kontinenten tätig sind.